

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 56 (1976-1977)
Heft: 8

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WAHLEN OHNE SIEGER IN WESTDEUTSCHLAND

Der knappe Ausgang der Wahlen zum *Deutschen Bundestag* hat in Bonn eine politische Situation geschaffen, die voller Konflikstoffe ist und eine Periode verschärfter Konfrontation während der kommenden Jahre voraussehen lässt. Nach einer ebenso heftig wie über weite Strecken persönlich geführten Kampagne hat das Ringen um die Gunst der Wähler mit Enttäuschung auf beiden Seiten geendet: die Unionsparteien haben ihr Ziel, die absolute Mehrheit, zwar nur knapp, aber dennoch deutlich verfehlt, während es der SPD/FDP-Koalition nicht gelungen ist, auch nur jene schmale Marge eines Übergewichtes von zwölf Parlamentsmandaten zu behaupten, mit denen sie vor sieben Jahren erstmals die Regierung übernommen hatte. Die Erinnerungen an die Periode von 1969–1972 mit all ihrem undurchsichtigen Kulissenspiel um Abgeordnetenstimmen tauchen wieder auf. Auch wenn die Koalition heute, gefestigt durch langjährige Zusammenarbeit, homogener erscheint als damals, so ist die Bundesrepublik doch sichtbar in eine Ära innenpolitischer *Instabilität* eingetreten.

Diese durch das Wahlergebnis geschaffene Unsicherheit trifft sowohl Regierungsparteien wie Opposition. Die *Sozialdemokraten* werden sich mit den Ursachen des massiven Wählerschwundes in Süddeutschland auseinanderzusetzen haben. Innerparteilich sieht sich Bundeskanzler *Schmidt* der Kritik an seinem Führungsstil gegenüber; seine nüchtern-distanzierte, oft schroffe Art

wie sein pragmatischer politischer Kurs kontrastieren zu auffällig mit dem charismatischen Anspruch seines Vorgängers. Ohne Zweifel wird Schmidt es künftig auch schwerer haben mit seinem Koalitionspartner. Die *Freien Demokraten* drohen in der kommenden Legislatur unter schärferen Druck zu geraten, und sie werden sich wohl gegenüber der SPD noch stärker zu profilieren suchen, um ihre Eigenständigkeit demonstrativ zu unterstreichen.

Auf der andern Seite droht aber auch der CDU/CSU eine *Zerreissprobe*. Das Übergewicht der «Südschiene» und damit automatisch auch die Verstärkung der Position des CSU-Vorsitzenden *Strauss* werden den Kurs der Union in den nächsten Monaten zweifellos noch deutlicher beeinflussen als zuvor. Der CDU-Vorsitzende und Kanzlerkandidat *Kohl* hat sich deshalb gezwungen gesehen, seinen Posten als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz aufzugeben und die Führung der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag zu übernehmen. Der Entschluss spricht für die Risikofreudigkeit Kohls, denn er dürfte sich keinen Illusionen darüber hingeben, welch schwieriges Amt er damit antritt. Aber es blieb ihm wohl auch keine Wahl, wenn er sich im Zentrum des politischen Geschehens etablieren will. Nur in Bonn kann er jene Statur gewinnen, die ihm seine Gegner im Wahlkampf abgesprochen haben, und auch nur in Parlament und Fraktion kann er die Auseinandersetzung mit seinem Rivalen *Strauss* führen, der von

der CDU nach wie vor als konstanter Unsicherheitsfaktor in ihr Kalkül eingesetzt werden muss.

Es ist nicht zu verkennen, dass der Wahlausgang der Opposition – neben der Ernüchterung über das nicht erreichte Ziel der absoluten Majorität – doch auch eine *Chance* verschafft hat. Der «schwarze Peter» der marginalen Mehrheit ist der Koalition zugespielt worden. Hätte das Resultat umgekehrt ausgesehen, wäre die CDU/CSU mit acht Sitzen Mehrheit in den Bundestag eingezogen und hätte auf dieser schmalen Basis eine Alleinregierung zu

errichten versucht, so wäre die Belastung für die Unionsparteien mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit noch grösser gewesen als sie es jetzt ist. Hier gilt die Umkehrung des Wortes, dass eine kleine Mehrheit noch immer besser sei als eine grosse Minderheit – freilich nur dann, wenn es der CDU/CSU gelingt, über ihre inneren Spannungen hinweg eine starke und konstruktive Oppositionspolitik zu führen, die ihr den Weg zurück in die Regierungsverantwortung ebnet.

Alfred Cattani

SCHÖNWETTER-REGIERUNGEN?

Regieren sei heutzutage auch nicht mehr das, was es noch vor wenigen Jahren gewesen sei, meinte kürzlich einer unserer Bundesräte. Er spielte damit auf den gegenwärtigen Kampf um Mehreinnahmen und Minderausgaben an, der nicht nur den Alltag im Bundeshaus bestimmt. Auch in den meisten kantonalen Regierungsgebäuden ist Feuer im Dach: Die Automatismen der Budgetpraxis und die chronische Unterschätzung der Folgekosten bei baulichen Investitionen – neues Personal, Unterhalt, Zinsendienst und Amortisationen – haben allenthalben dazu geführt, dass die öffentlichen Haushalte auch in der Rezession schnell weiterwachsen, während die Einnahmen generell rückläufig sind. Das führte zum Beispiel im Kanton Zürich dazu, dass die Regierung trotz verwaltungsinternen Streichkonzerten ein Budget für das nächste Jahr vorlegt, dessen Defizit um nicht weniger als 68 Millionen Franken über dem

Fehlbetrag liegt, der vor einem Jahr im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung für 1977 errechnet und als extrem hoch taxiert worden war.

Das Wort der Stunde heisst nun zwar auch in der Finanzpolitik Redimensionierung. Man ist sich zum Beispiel auf Bundesebene im Grundsatz darüber einig, dass die geplante Strukturreform mit der neuen Mehrwertsteuer und den damit verbundenen fiskalischen Mehrbelastungen nur dann tragbar sei, wenn es gleichzeitig gelinge, eine längerfristige Stabilisierung der Bundesfinanzen sicherzustellen. Das aber ist nur dann möglich, wenn die bisherigen Automatismen in der Expansion der öffentlichen Haushalte durchbrochen werden können.

So sehr dies in der Theorie einleuchtet, so schwer tun sich nun aber unsere Magistraten in der Praxis. Die bundesrätlichen Reden im Lande herum scheinen vor allem unter dem Motto

«Weh dem, der nein sagt» zu stehen. Der Landwirtschaft und andern Gruppen mit verbrieften Subventionsansprüchen wird eindringlich vorgerechnet, auf welche Abstriche sie bei einer Verwerfung des Finanzpakets gefasst sein müssten. Den Kantonen ihrerseits wird unmissverständlich signalisiert, dass die Straffung des Bundesbudgets vor allem auch eine Kürzung der Bundesbeiträge und der Kantonsanteile an Bundeseinnahmen zur Folge haben müsste.

Die Sparbemühungen im Hinblick auf das Budget 1977 scheinen denn auch vor allem in Überwälzungen zu bestehen. Im übrigen berufen sich eidgenössische und kantonale Exekutivmitglieder landauf landab auf die berühmten 85 oder 90% «gesetzlich gebundener Ausgaben» – als ob Gesetze und Subventionstarife für alle Zeiten einzementiert wären. Und wenn sich – wie der Ständerat in der Junisession – für einmal ein Parlament zu Sparbeschlüssen aufrafft, dann kämpfen Departementsvorsteher um ihre Kreditvorlagen, wie wenn dabei die Existenz des Landes auf dem Spiel stünde.

So geht es doch wohl nicht. Es ist nicht möglich, den Pelz zu waschen, ohne dass er nass wird. Zwar ist es

psychologisch verständlich, dass unsere Landesväter und Regierungsräte lieber bauen und gestalten, als die Bremser zu spielen. Auch mag es ärgerlich sein, sorgfältig vorbereitete und vielfach über Jahre hinweg erdauerte Kreditvorlagen plötzlich bachab gehen zu sehen. Andererseits geht es ganz einfach nicht an, trotz schwer bewölktem Himmel einfach im Schönwetter-Stil weiterzuregieren. Es gibt heute entschieden übergeordnete Gesichtspunkte. Eine chronische Fehlentwicklung der öffentlichen Haushalte wäre eine allzu ernste Sache, die letzten Endes in eine generelle politische Krise führen müsste.

Das sollten sich Behörden und Parlamente in den kommenden Wochen und Monaten vor Augen halten. Finanzpolitische Strukturformen sind zweifellos nötig, aber nicht nur einseitig auf der Einnahmenseite. Die Ansprüche an den Staat sind der allgemeinen Entwicklung anzupassen. Zwängereien um egoistische Einzelpositionen und falsches Prestigedenken machen die Lage nur noch verfahrenener. Wir sollten uns der Tatsache nicht länger verschliessen, dass es finanzpolitisch gesehen «später ist, als wir denken».

Richard Reich

AMTSMÜDER DELEGIERTER FÜR KONJUNKTURFRAGEN

Professor Francesco Kneschaurek, Delegierter des Bundesrates für Konjunkturfragen und Arbeitsbeschaffung, tritt auf Ende des Jahres von seinem Posten zurück. Dieser Schritt Kneschaureks kommt für jene, die die konjunkturpolitische Szenerie Helvetiens beobachten, keineswegs überraschend. Er

war seit einiger Zeit vor auszusehen. Prof. Kneschaurek kehrt an die Hochschule St. Gallen zurück, an der er schon früher tätig war. Gesundheitliche Rücksichten veranlassen den Gelehrten zudem, eine «Redimensionierung» seines Arbeitsprogrammes in Aussicht zu nehmen. Kein Zweifel, dass die Dop-

pelstellung: Delegierter des Bundesrates und Forschungstätigkeit, an den Kräften zehrt.

Das aber ist nur die *eine*, sozusagen die offizielle Seite der Geschichte. Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass die «suboptimalen» Arbeitsbedingungen in Bern einen – offenbar unnötigen – Verschleiss an psychischen Energien provozieren, der die «Lust am Geschäft» nicht unbedingt fördert. Zwar ist es auch längst bekannt, dass über die konjunkturpolitische Landschaft sowohl in der Hochkonjunktur wie in der Rezession bisweilen sehr rauhe Winde wehen. Eine exponierte Stellung im Schmelztiegel der konjunkturpolitischen Meinungsbildung ist deshalb nichts für zarte Gemüter – was Knechtaurek übrigens auch nicht war. Erschwert wird die Situation aber dadurch, dass das «objektivierbare» Spannungsfeld der Partialinteressen, das auf dem Boden der etablierten Spielregeln der Meinungsbildung aufgelöst werden muss – oder sollte –, von einem nur schwer konkret fassbaren, deshalb aber nicht weniger realen Spannungsfeld höchst *subjektiver Art* überlagert wird, das – zurückhaltend formuliert – als Wettbewerb der an der Meinungsbildung beteiligten Institutionen und ihrer Personen bezeichnet werden könnte. Es ist offensichtlich, dass dieser Wettbewerb um so intensiver wird, je zahlreicher die in die Konjunkturpolitik integrierten Institutionen und je mehr sich ihre Arbeitsgebiete überlappen. Und weil die institutionelle Diversifizierung der Konjunkturpolitik in den

vergangenen Jahren ins Kraut geschossen ist, musste sich notwendigerweise auch das vom Delegierten zu lösende Koordinationsproblem komplizierter gestalten. Es machen sich deshalb in einem wirtschaftspolitischen Gebiet, das aus «einem Guss» konzipiert sein sollte, *Verselbständigungstendenzen* von Teilgebieten bemerkbar, die mehr als fragwürdiger Natur sind. Die Attraktivität der Position eines Delegierten für Konjunkturfragen hat aus diesem Grunde denn auch merklich abgenommen. Man darf gespannt sein, wie die Nachfrage gelöst werden wird.

Es wird wohl unumgänglich sein, die funktionelle und kompetenzmäßige Struktur, auf die sich der Delegierte stützen können, neu zu überdenken, und zwar in dem Sinne, dass er wieder in die Lage versetzt wird, sich auf seine eigentliche Aufgabe zu konzentrieren. Sie besteht in erster Linie darin, konjunkturpolitische Hauptakzente zu setzen, auf die Verwirklichung eines in den Umrissen erkennbar geschlossenen und ordnungspolitisch begründbaren Konzepts zu wirken. Er hat – auf helvetische Proportionen reduziert – die Aufgabe einer *Grundsatzabteilung* zu erfüllen. Der Delegierte ist die einzige Stelle im Meinungsbildungsprozess der Konjunkturpolitik, welche die ordnungspolitische Dimension ins Spiel zu bringen vermag. Es ist deshalb widersinnig, wenn er seine Kräfte im wirtschaftspolitischen Kleinkrieg verbrauchen muss.

Willy Linder